

Deutsche Studie warnt vor Staatszerfall im Irak

Von Yassin Musharbash

Düstere Zukunftsaussichten für den Irak: Eine neue Studie zeigt, der Staat ist gescheitert. Das liegt nicht nur am täglichen Terror, sondern vor allem daran, dass Sunniten, Schiiten und Kurden ausschließlich eigene Interessen verfolgen.

Berlin - Es ist eine streng wissenschaftliche Studie, die die Berliner Stiftung "Wissenschaft und Politik" (SWP) heute vorlegt - doch die Risiken, die sie für den Irak identifiziert, scheinen auch hinter der nüchternen Sprache noch deutlich hervor: "Schon jetzt geht es nur noch darum zu verhindern, dass der Irak vollständig auseinanderbricht", schreibt der Islamwissenschaftler und Teroexperte Guido Steinberg, der die Untersuchung verfasst hat, gleich zu Beginn der Abhandlung.

Einzig eine "föderale Lösung" könne den Staatszerfall noch verhindern, befindet der Autor. Scheitert diese Strategie, so Steinberg, dann drohen gleich mehrere Schreckensszenarien: eine Aufsplitterung des Landes, mit der niemand zufrieden sein kann, militärische Interventionen von Nachbarstaaten und eventuell sogar ein bewaffneter Konflikt zwischen verschiedenen schiitischen Gruppierungen.

Das 30-Seiten-Papier macht deutlich, dass der tägliche Terror nur eines der Probleme des Irak ist - ein anderes, kaum minder gewichtiges, sind die widerstrebenden Interessen der Konfliktparteien im Irak. "Der Irak zwischen Föderalismus und Staatszerfall", hat der SWP-Autor seine Studie genannt, in der er nachzeichnet, wie die innerirakischen Verwerfungen entlang der konfessionellen und ethnischen Linien (und innerhalb dieser) den politischen Prozess hin zu einem neuen irakischen Staat lähmen.

Droht eine türkische Militärintervention?

Denn die irakische Innenpolitik kennt praktisch nur ein Thema: Das Streben nach Macht, Sicherheit und Einfluss der einzelnen Interessengruppen - ohne dabei den Interessen des gemeinsamen Staates besondere Beachtung zu schenken. Die Kurden, die den Norden des Landes dominieren, sind dabei bislang am weitesten vorangekommen. Ihr Wunsch, eine de facto souveräne Super-Region zu errichten, lässt sich kaum noch aufhalten.

Die Kontrahenten auf Seiten der arabischen Sunniten und Schiiten haben dies mittlerweile zu akzeptieren gelernt. Man könnte das positiv im Sinne einer föderalen Emanzipation werten. Doch das kurdische Selbstbewusstsein wirft neue Probleme auf: Noch Ende dieses Jahres steht ein Referendum über die Stadt Kirkuk an, die die Kurden als kurdisch betrachten und ihrer Provinz einverleiben wollen - gegen den heftigen Widerstand der dort lebenden Turkmenen und vieler Sunniten, die dort von Saddam angesiedelt wurden.

Wahrscheinlich, prophezeit Steinberg, wird die Abstimmung im kurdischen Sinne ausgehen - in dem Fall aber würde eine militärische Intervention der Türkei umso wahrscheinlicher. Denn Ankara rechnet so: Mit den Ölfeldern Kirkuks sei ein kurdischer Staat lebensfähig - das könnte die Kurden im eigenen Land agitieren, was es zu verhindern gilt. Der Autor sagt deshalb eine Eskalation der Gewalt im bislang halbwegs ruhigen Irakisch-Kurdistan voraus - nicht zuletzt, weil ein Ölgesetz, das die erwarteten Einkünfte gerecht verteilen helfen soll, nicht vorankommt: Das Parlament ist zerstritten, die Regierung handlungsunfähig.

Es gibt mehr als nur drei Interessengruppen

Auch der treibenden Kraft der Schiiten, dem "Hohen Rat", unterstellt Steinberg fragwürdige Motive, wenn sie sich als "föderalistisch" darstellt: es gehe ihr eher um "machtpolitisch motivierte Autonomie", beziehungsweise um die Errichtung einer sicheren Rückzugszone im Süden des Landes, falls der schwelende Bürgerkrieg mit den Sunniten weiter eskaliert.

Zugleich zeichnet Steinberg in detail nach, welche anderen Schiitengruppen explizit und vehement gegen eine zu den Kurden analoge Schiiten-Region sind. Hierin liegt ein besonderer, wenn auch deprimierender Mehrwert der Untersuchung: Sie demonstriert, dass es mehr als nur drei Interessengruppen im Irak gibt, und dass die innerirakischen Konflikte deshalb noch viel schwieriger zu lösen sind, als es ohnehin schon den Anschein hat. Ein Krieg von Schiiten gegen Schiiten könnte drohen, warnt Steinberg.

Den wichtigsten sunnitischen Gruppierungen weist der Autor nach, dass sie widersprüchlich agieren: "Einerseits akzeptieren sie nicht, dass die Zentralregierung von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit dominiert wird. Andererseits lehnen sie jede Dezentralisierung des Regierungssystems ab". Die Sunniten, wiewohl nur 20 Prozent der Bevölkerung, sähen sich eben nach wie vor als eigentliches Staatsvolk. Der Föderalismus ist für sie ohnehin nicht attraktiv: Am Ende säßen sie auf dem Trockenen, während Kurden und Schiiten im Öl schwämmen. Um eine gerechte Verteilung der Petro-Dollars durchzusetzen, haben sie nicht das Gewicht.

Die Irak-Nachbarn spielen keine konstruktive Rolle

Dieser innerirakische Knoten ist so schon kaum zu lösen - doch die Interessen der Nachbarstaaten tragen zusätzlich dazu bei, die Lage zu komplizieren. Denn die sunnitisch-arabischen Anrainer wollen ebenfalls keinen föderalen Irak; sie fürchten den Einfluss der Schiiten und, durch sie, des Iran. Syrien hat zudem - aus Selbstschutz - ein Interesse an einem instabilen Irak. Aus ähnlichen Gründen setzt auch Iran auf, so Steinberg, "kontrollierte Instabilität" beim Nachbarn. Solange der Irak nicht auseinander fliegt, was kein Anrainer will, wird auch keiner von ihnen eine große Stütze auf dem Weg einer politischen Lösung sein, lautet der desillusionierende Befund.

Der Irak, konstatiert der Autor weiter, sei deshalb bereits jetzt "ein gescheiterter Staat". Die beste Lösung, ein Föderalismus ohne Ansehen von ethnischen und religiösen Trennlinien, sei längst ausgeschlossen. Auch die zweitbeste Lösung - ein Föderalismusmodell entlang eben jener Linien, das auf Kompromissen beruht - sei wegen des Einflusses der sunnitischen und schiitischen Föderalismusgegner wohl nur noch sehr schwierig durchzusetzen. Die Alternativen aber lauten Chaos, mehr Gewalt und eine schiitische Diktatur.

Und wie sieht es mit externen Einflussmöglichkeiten aus, wenn schon von den Nachbarn nicht viel zu erwarten ist? Auch hier bietet die Studie wenig Tröstliches: Die einzigen irakischen Akteure "in Reichweite europäischer Politik", meint Steinberg nüchtern, seien die dominierenden Kurdenparteien. Es gelte, sie zu mehr Kompromissbereitschaft zu drängen. Der Irak, schließt Steinberg, werde wohl noch auf Jahre instabil bleiben. Es gibt keinen Grund, an diesem Fazit zu zweifeln - leider.

© SPIEGEL ONLINE 2007

Die Studie im Volltext auf der SWP- Website
http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4150

ZUR PERSON

*Guido Steinberg ist Islamwissenschaftler und Buchautor. Zuletzt erschien von ihm **"Der nahe und der ferne Feind. Das Netzwerk des islamistischen Terrorismus"** (C.H. Beck 2005). Steinberg ist Irak- und Terrorexperte bei der "Stiftung Wissenschaft und Politik". Zuvor war er Referent im Bundeskanzleramt.*

STICHWORT SWP

Die "Stiftung Wissenschaft und Politik" (SWP) ist eine der Einrichtungen in Deutschland, die einem think tank amerikanischer Provenienz am nächsten kommen. Aber es gibt eine Besonderheit: Sie ist vornehmlich staatlich finanziert, seit der Bundestag 1965 einstimmig beschloss, der Gründung einer "unabhängigen Forschungsstelle" beizutreten. Die SWP beschreibt sich daher selbst als "eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, die auf der Grundlage eigener, praxisbezogener Forschung den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung in allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät."